

50 Euro mehr für jeden Pensionisten!

Die Regierung und die Pensionistenverbände streiten, ob die Rentenerhöhung heuer 1,6% oder 1,9 Prozent ausmachen soll. Die große Ungerechtigkeit fängt aber damit an, dass dabei für jemanden, der 900 Euro im Monat bekommt, bestenfalls 18 Euro herauspringen würden.

Für die Pensionistenchefs Blecha und Kholmacht diese Prozenterhöhung bei ihren Rie-

senpensionen aber mehr aus als manche Seniorinnen und Senioren überhaupt bekommen. Deshalb unsere Forderung: 50 Euro monatlich mehr pro Monat für jeden Pensionisten, jede Pensionistin. Das Einkaufen im Geschäft ist für jeden gleich teuer, auch die Wohnungskosten und steigen stärker an als die Inflationsrate. Wann setzt sich die Gerechtigkeit für unsere älteren Mitbürger endlich durch?

Mit **uns** **KPO**

<http://www.kpoe-steiermark.at>

gemeinsam für die Reichensteuer

Das dicke Ende für die Krisenmaßnahmen der Regierung kommt noch: Nachdem den Banken und den Reichen mit Milliarden Euro unter die Arme gegriffen wurde soll jetzt bei der Allgemeinheit abkassiert werden. Mit

einem Belastungspaket, das eine höhere Mehrwertsteuer, weniger Familienbeihilfe, höhere Rezeptgebühren und weitere soziale Grausamkeiten plant. Die arbeitenden Menschen dürfen sich das nicht gefallen lassen! Die steirische KPÖ hat tausende Unterschriften für die Einführung einer Reichsteuer gesammelt. Der Nationalrat soll endlich handeln und die Kosten der Krisensanierung bei denen eintreiben, die riesige Vermögen horten!



Sondernutzung Paulisturz

Der Flächenwidmungsplan wurde für die Deponierweiterung Paulisturz geändert. Die Teilflächen im Flächenausmaß von ca. 10,3 ha werden von bisher Freiland-Bergbaugebiet in subsidiärer Nutzung für Industrie und Gewerbe (Abfallwirtschaft) künftig als Sondernutzungs-

Deponiefläche innerhalb des Bergbaugebietes ausgewiesen.



Postentgelt bar bezahlt

An einen Haushalt

Rund um den
ERZBERG

Verlagspostamt 8790 Eisenerz

KPO - Eisenerz - Informationsblatt

Gasthaus mit Steuermitteln ausgebaut KPÖ stimmt gegen Nachtragshaushalt

Der 1. Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2009 wurde gegen die Stimmen der KPÖ-Fraktion beschlossen.

Karl Fluch sagte, dass wenige Monate vor Jahresende der Abgang im ordentlichen Haushalt trotz der Bedarfszuweisungen vom Land Steiermark noch immer 1.865.300 Euro beträgt. Außerdem sind beim Kassenkredit fast 270.000

Euro offen, was einen Abgang von über zwei Millionen Euro bedeutet, für die Gemeindealm werden fast 400.000,- Euro für Instandhaltung und Betriebsausstattung investiert. Das nächste Debakel ist damit bereits vorprogrammiert. Vor Jahren hat man noch gestritten, wer die Fenster bezahlen soll, die Gemeinde oder der Pächter, heute hat man fast 6 Millionen

Schilling als Investitionssumme! So hat eben ein jeder Bürgermeister sein Denkmal. (Freibad statt Hochofenbad – Sporthalle – Familien- und Gästehaus usw.

Die Bevölkerung wird wieder mit Tarif – und Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten, damit die SPÖ-„Hochstapelei“ bezahlt werden kann.

Auch die Einnahmen

durch Finanzausgleich und Kommunalsteuer werden im kommenden Jahr zurückgehen. 200 Arbeitsplätze sind in diesem Jahr schon verloren gegangen. Wenn der Zubau fertig ist, werde ich dem Landeshauptmann ein Bild schicken, damit er weiß, wie seine Bedarfszuweisungen in Eisenerz Verwendung finden. (Ausbau eines Gasthofes mit Steuermitteln).“



Foto: CC Flickr, Andrea_R

In der bevorstehenden Heizungsperiode 2009/2010 erhalten alle Steirer, deren Einkommen einen bestimmten Grenzbetrag nicht übersteigt, einen Heizkostenzuschuss von 120 Euro beim Betrieb einer Ölheizung und 90 Euro beim Betrieb einer anderen Heizungsanlage. Rund 1,1 Millionen Euro wurden zur Finanzierung des Heizkostenzuschusses freigegeben.

Alle Steirer, deren monatliches Nettoeinkommen die nachfolgenden Grenzbeträge nicht übersteigt, können um einen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 120 Euro beziehungsweise 90 Euro in ihrem Gemeindeamt ansuchen:

- Ein Personen-Haushalt..... 901,50 Euro
- Ehepaare, Haushaltsgemeinschaften 1.351,50 Euro
- Alleinerzieher. 817 Euro
- Zuschlag pro Kind bei Anspruch auf Familienbeihilfe 259 Euro

Anträge können ab 19. Oktober beim Wohnsitzgemeindeamt eingebracht werden. Auskünfte werden auch über das gebührenfreie Sozialtelefon des Landes unter der Nummer 0800/201010 erteilt.

Achtung: Bezieher der Wohnbeihilfe des Landes haben keinen Anspruch auf den Heizkostenzuschuss, weil dieser in der Wohnbeihilfe eingerechnet ist.

Abbau bei MAW bringt Probleme für Eisenerz

KPÖ-Gemeinderat Fluch regte in der Gemeinderatsitzung am 24. September an, dass die Stadtgemeinde wegen der Schließung des Werkes in Eisenerz ein Protestschreiben an die Verantwortlichen der MAW schicken sollte: **„Es wäre auch interessant zur Wissen, welche Förderungen in diesen Betrieb getätigt wurden! Heute läuft alles unter dem Deckmantel „Krise“ – aber richtig wäre zu sagen, dass der Kapitalismus auch kläglich versagt hat und in Zukunft auch keine Lösungen im Interesse der Bevölkerung schaffen wird!“**

Die Kleine Zeitung berichtet: „Zehn Kündigungen wurden den Betroffenen mit der Post zugestellt. Mit fünf Mitarbeitern wird verhandelt, ob sie auch in Graz arbeiten würden, und die restlichen vier der verbleibenden sind Betriebsräte, bestätigte Angestellterbetriebsrat Detlef Zeller. Die Betroffenen, allesamt Fachkräfte, seien natürlich verzweifelt. Viele sind über 50, aber noch

nicht vor der Pension. Die sind ja am Arbeitsmarkt wegen ihres Alters schwer zu vermitteln“, sagte er. Viele von den MAW-Mitarbeitern haben schon einige Firmenwechsel hinter sich. Erst gehörte der Standort zur Voestalpine, wurde dann von Villas Styria übernommen. Nach deren Konkurs im Jahr 1990 übernahmen die GAW. Damals waren noch an die 70 Mitarbeiter beschäftigt, zu Jahreswechsel waren es noch 23.“

Die KPÖ hatte also mit ihrem Alarmruf recht.



foto cc flickr spanaut

Helfen statt reden
Notruf 0316/877 5101

Den Niedergang aufhalten!

Liebe Eisenerzerin! Lieber Eisenerzer!

Jetzt ist es schon fast mit Händen zu greifen: Der Niedergang von Eisenerz ist vorprogrammiert. Nach der Schließung von Pilkington und dem Zurückfahren der Firma MAW sind heuer schon 200 Arbeitsplätze im Ort weniger geworden. Geschäfte sperren zu, die Bahnverbindung wurde geschlossen, der Busverkehr über den Präbichl wird ausgedünnt.

Wir haben 100.000 Euro weniger an Kommunalsteuer. Das sind Tatsachen!

Diesen Tatsachen muss auch die SPÖ einmal in das Auge schauen. Sie lebt schon seit vielen Jahren auf viel zu großem Fuß. Wahnsinnsprojekte und Studien sollen von den wahrne Problemen der Stadt ablenken. Dafür hat man für die Ausbesserung der Straßenlöcher und für die Friedhofsmauer kein Geld.

Die Privilegien- und Freunderlwirtschaft findet

von
KPÖ-Gemeinderat
Karl Fluch



kein Ende. Auch der Wechsel im Bürgermeisteramt war keine Lösung.

Wir brauchen ein Umdenken, bevor es zu spät ist.

Sie können mir glauben, dass es nicht lustig ist, immer als unbequemer Warner auftreten zu müssen. Das ist aber notwendig, damit Eisenerz eine Zukunft ist.

Glück-Auf
Ihr Karl Fluch

Girokonten: Überziehungszinsen begrenzen!

Eine Begrenzung der Überziehungszinsen der österreichischen Banken und Sparkassen auf ein erträgliches Maß. Das fordert die KPÖ.

Die Banken werden mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt, der Leitzinssatz der Zentralbank beträgt 1 Prozent. Trotzdem sind weiterhin Überziehungszinsen bei Gehaltskonten von mehr als 10 Prozent die Regel. Die Menschen, denen es in der jetzigen Krise bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nicht gerade gut geht, müssen auf diese Weise dafür zahlen, dass die Bankmanager weiterhin saftige Sonderzahlungen kassieren können.

Überziehungszinsen begrenzen!

Die Überziehungszinsen müssen begrenzt werden. KPÖ-Landtagsabgeordnete



Klimt-Weithaler: „Die steirische KPÖ schlägt deshalb vor, dass die Überziehungszinsen nur um fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Das wären zurzeit sechs Prozent. Diese gesetzliche Begrenzung wäre eine Antwort auf Kurzarbeit und steigende

Arbeitslosigkeit. Viele Familien überziehen in der Wirtschaftskrise ihr Konto und müssen Wucherzinsen bezahlen“.

Hohe Kontogebühren

Auch bei den Kontogebühren gibt es bei österreichischen Banken Begrenzungsbedarf. Sie sind nicht nur besonders hoch

angesetzt (im Vergleich mit anderen Ländern), sondern auch besonders verwirrend und unübersichtlich. Dies wurde kürzlich von der Arbeiterkammer veröffentlicht. Die Banken, die mit öffentlichen Geldern gestützt wurden, sollen sich bei den Kunden erkenntlich zeigen und ihre Gebühren endlich heruntersetzen!

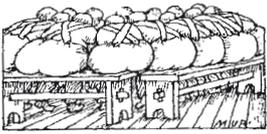
Infos & Anmeldung:
www.sozialforum.or.at
 2010@sozialforum.or.at

5. österreichisches Sozialforum

13. - 16. MAI 2010
IN LEOBEN/STMK

Alternativen gestalten JETZT!

austrian social forum



Aus der Eisenerzer Gemeindestul

In den Gemeinderatssitzungen vom 24. Juni und 24. September wurden folgende

Rufbus ab Dezember

Der Spielgemeinschaft ET (WSV Eisenerz, SSV Trofaiach) **Volleyball** wird von der Stadtgemeinde eine Subvention von 9.000,- Euro gewährt.

Die Stadtgemeinde schließt mit der Steirischen Verkehrsverbund GmbH. sowie dem Land Steiermark und die **Vereinbarung betreffend dem Rufbus** ab. Die Vereinbarung ist bis 11. Dezember 2010 gültig. Die Kosten für Eisenerz betragen 7.527,- Euro.

Für die **Betreuung der WC-Anlage beim Kiosk Leopoldsteinersee** wurde mit Frau Angerer eine Vereinbarung abgeschlossen. Frau Angerer bezahlt jährlich einen Zuschuss von 1.800,- Euro für die Reinigung der WC-Anlagen.

Die alljährliche Indexanpassung des LKH Leoben, Standort Eisenerz für die **Bereitstellung von Mittagessen für den Essenzustelldienst** wurde mit April 2009 um 1% erhöht. Im Rahmen dieser Indexanpassung ersucht das Rote Kreuz den Beitrag für die Zustellung von 0,80 Euro auf 1,- Euro zu erhöhen.

40.000 Euro für Firma ESAM

Zur Abdeckung der Betriebskosten für die Firma ESAM wurden 40.000,-

- Euro genehmigt. Die Auszahlung erfolgt nach Bedarf. Daher wurden 10.000,- Euro in der Sitzung beschlossen.

Dem Verein Erzbergbahn wurde für die Arbeiten im Rahmen der Gleisbauwoche eine Subvention von 2.000,- Euro gewährt.

Für die Versendung des Eisenerzer Stadtplanes an 2748 Haushalte wurden die Kosten von 325,- Euro übernommen.

Für die Messeausstellung im Innerberger Gewerkschaftshaus wurden Herrn Hammer 350,- Euro gewährt. Für die von Eisenerzer Crew durchgeführte Veranstaltung „Gebirgssegler Cup“ wurde eine Förderung von 350,- Euro beschlossen. Herrn Manuel Traxler wurde auf Grund seiner hervorragenden Leistungen im Bereich Volleyball eine Subvention von 500,- Euro und der Union Eisenerz für die Durchführung der Landesmeisterschaften im Modellsegelflug 100,- Euro gewährt.

Fußballcamp mit Constantini

Vom 19. bis 21. Juni fand im Eisenerzer Stadion ein **Fußballcamp mit Didi Constantini** statt. Jeder Teilnehmer am Fußballcamp erhielt 10,- Euro Zuschuss (42 Teilnehmer).

Dem ASKÖ Judo wurde für die Teilnahme an der Senioren WM (Roland Pomber Judo Meister und Harald Mitterbauer Vize-

meister der Senioren) ein Betrag von 300,- Euro bewilligt.

Im Rahmen der **Altenurlaubsaktion des Landes Steiermark** wurden der Stadtgemeinde zwei Turnusse zugeteilt. Die 50 Senioren erhielten ein **Taschengeld** von 15,- Euro.

Für die **Kindererholungsaktion** wurde der Tagsatz mit 5,- Euro pro Tag max. für 21 Tage festgelegt.

Für den Essenzustelldienst wurde ein Ausflugskostenzuschuss von 895,- Euro bewilligt.

Die **Werbegemeinschaft Eisenerz-Aktiv**, Obmann Krug Walter erhielt für die Durchführung der Frühjahrsleistungsschau eine einmalige Subvention von 2.000,- Euro.

10.000 Euro für St. Oswald

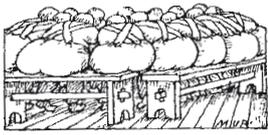
Für die „**Rettung der Wehranlage und der Pfarrkirche St.Oswald**“ wurde eine Transferzahlung in der Höhe von 10.000,- Euro zugestimmt.

Nachdem die Feier zu 60. Jahre Stadt Eisenerz ein großartiger Erfolg war, beschlossen Vertreter der Stadtgemeinde Eisenerz, dieses Fest jährlich am Samstag vor dem Kirchtag zu wiederholen. Das **1. Eisenerzer Gasselfest** wurde nun in Zusammenarbeit mit den Gastwirten Fdl, Ritzinger und Moser im Bereich der Dr. K. Rennerstraße abgehalten. Die Wirte waren für die ordentliche Gestaltung der Tische, die Ausschank und das Essen verantwortlich, die Kosten bis 3.000,- Euro werden von der Stadtgemeinde übernommen.

Für die Weiterführung des Tagesschulheimes Schuljahr 2009/2010 wurden Restkosten von 10.000,- Euro übernommen.

Für das Kindergartenjahr 2009/2010 verzichtet die Stadtgemeinde auf Grund





be Beschlüsse gefasst:

der Novelle „Gratisbetreuung für 3-6 jährige Kinder“ auf die Einhebung der Kindergartenbeiträge.

Der Transport der Schulkinder aus der Ramsau wird vom Taxiunternehmen Frei durchgeführt. Die Kosten belaufen sich auf 5.500,- Euro für das Schuljahr, für den Kindergartentransport wird von den Eltern ein Selbstbehalt von 250,- Euro eingehoben.

Für die Wiederinstandsetzung des Weges, sowie der Brücke beim Leopoldsteinersee nach einem Murenabgang erhält der Verkehrsverein Eisenerz eine Subvention von 500,- Euro.

Für den Blumenschmuckwettbewerb gab es 700,- Euro, die Naturfreunde erhielten für den Nachdruck des Folders vom Lehrpfad Schichtturm 200,- Euro

Für das Schulschlusskonzert am Bergmannplatz für den Shuttledienst fielen für die Gemeinde Buskosten von 375,- Euro an.

Für die Produktion und den Ankauf von 200 Stück CDs im Rahmen des Projektes „Junger Rock unter Erzberg“ werden die Kosten in der Höhe von 850,- Euro brutto übernommen.

Erzberg

Verleger und Herausgeber:
KPÖ-Eisenerz, 8790 Eisenerz,
Druck: Hausdruckerei, Lager-
gasse 98a, 8020 Graz, Tel.
0650/8732 160.

Trauerspiel um Mindestsicherung

100 Milliarden Euro werden für die Banken ausgeschüttet. Für die dringend notwendige Mindestsicherung stellt man nur 120 Millionen Euro bereit. Wo bleibt da die Gerechtigkeit, wenn man für die paar Banken 800mal so viel Steuergeld ausgeben will wie für die zehntausenden Menschen, denen es gar nicht gut geht?

Bei der Mindestsicherung spart man und streicht den 13. und 14. Bezug. Politiker, die den Beziehe-



Franz St.
Parteder, KPÖ

rInnen der künftigen Mindestsicherung 1.466 Euro pro Jahr vorenthalten wollen (das bedeutet nämlich das Streichen des 13. und des 14. Bezuges) haben entweder keine Ahnung mehr davon, wie es vielen Leuten im Lande geht, oder sie sind ganz einfach zu Zynikern geworden.

Beziehern der Mindestsicherung dürfen wird es fast so gehen wie Hartz 4-Empfängern in Deutschland. Man greift auf ihren Besitz zu. Sie müssen Eigentum (Lebensversicherung, Sparbücher) veräußern.

In Wirklichkeit ist das Theater um die „Mindestsicherung“ ist ein würdeloses Schauspiel privilegierter Parteipolitiker auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen, die jeden Euro brauchen.

Glücksspielgesetz: KPÖ fordert Schutz für Spielsüchtige

Ernest Kaltenegger fordert Spielerschutz beim „Kleinen Glücksspiel“.

Korruption ist im Spiel: Die Rolle der Lobbyisten Meischberger/Hohegger muss aufgeklärt werden!

Der steirische KPÖ-Landtagsklubobmann Ernest Kaltenegger übt Kritik an den Vorschlägen der Wirtschaftskammer für die anstehende Novelle des Glücksspielgesetzes. Es sei zwar erfreulich, dass von einer lückenlosen und vollständigen Übertragung des Geschäfts mit Spielautomaten im gesamten Bundesgebiet an einen einzigen Konzern nun nicht mehr die Rede ist. Die eigentliche Problematik des so genannten „Kleinen Glücksspiels“ bleibe aber aufrecht, so Kaltenegger.

„Für das Kleine Glücksspiel sieht das Gesetz nach wie vor einen Höchstensatz von 50 Cent und einen maximalen Gewinn von 20 Euro vor. Dies wurde aber bisher schon mit technischen Tricks umgangen, indem die Spieldauer so kurz angesetzt wird, dass innerhalb einer

Stunde 3600 Euro verspielt werden können. Das ist der eigentliche Skandal an diesem Gesetz, aber daran will auch die Wirtschaftskammer nicht rütteln“, so Kaltenegger.

Die KPÖ hat dem Landtag über 11.000 Unterschriften von Steirerinnen und Steirern überreicht, um der Forderung nach Maßnahmen für Spielerschutz und gegen Spielsucht Nachdruck zu verleihen. SPÖ und ÖVP haben alle Ansätze aber einträchtig verschleppt und bis heute keine Maßnahmen zu einer Problemlösung gesetzt.

Provision für Gesetz?

KPÖ-Klubobmann Kaltenegger fordert auch volle Aufklärung über die Rolle, die die Lobbying-Agentur von Ex-FPÖ-Politiker Walter Meischberger und Peter Hohegger bei



der Öffnung des Marktes für Glücksspielanbieter gespielt hat. 2006 hatten die beiden Freunde des ehemaligen Finanzministers Grasser erreicht, dass dieser einen Tag vor der letzten Nationalratssitzung der Legislaturperiode völlig überraschend einen Antrag zur völligen Öffnung des Glücksspielmarktes in ganz Österreich einbrachte. Meischberger und Hohegger sind derzeit im Gerede, weil sie im Rahmen der Verschönerung der BUWOG 9,6 Millionen Euro kassiert haben. Die Gegenleistung ist bis heute unbekannt geblieben.

Glühbirnen: EU-Zwangsverordnung

Die KPÖ fordert die Rücknahme der EU-„Glühbirnenverantwortung“ und kritisiert die österreichischen Politiker, die diese Zwangsbestimmung im Interesse einiger Konzerne auf allen Ebenen



foto cc flickr christophritzer

durchgewunken haben. Die Proteste der letzten Tage und auch die Vorkäufe der Bevölkerung zeigen, dass hier über die Köpfe der Leute hinweg ent-

schieden worden ist. Dazu kommt noch, dass die behauptete Energieeinsparung unterm Strich nur 4 Promille ausmacht.

Darüber hinaus verbraucht die Herstellung einer Energiesparlampe fünf bis zehnmals mehr Energie als die Produktion einfacher Glühbirnen. Die Leuchtröhren enthalten Quecksilber und sind daher Sondermüll.

Steiermark: Arbeitslosigkeit in Metallberufen fast verdoppelt

„Die Zahl der Arbeitslosen in der Steiermark ist innerhalb eines Jahres insgesamt um ein Drittel angestiegen, bei den Metall- und Elektroberufen hat sie sich aber fast (um 95,9%) verdoppelt: Und das, obwohl gerade in diesem Bereich schon sehr viele Leute in Kurzarbeit sind.

Besonders stark betroffen von der steigenden Arbeitslosigkeit ist auch unsere Region.

Der steirische GLB kann

den arbeitenden Menschen kein Ende der Massenarbeitslosigkeit versprechen. AK-Rat Peter Scherz: „Wir werden aber immer an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu verteidigen“.



LAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ):

„Die Gemeindeaufsicht in ihrer bisherigen Form ist untragbar“, kritisiert KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler das steirische System der Gemeindeaufsicht, das es SPÖ und ÖVP erlaubt, einen Schutzmantel über „ihre“ jeweiligen Gemeinden zu breiten.



KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler: Rechnungshof soll prüfen

foto: cc flickr pixel0908/wolfgang



**Wer die Wand nicht sieht,
auf die er zusteuert,
dem gehört der
Führerschein entzogen!**

Weise Worte des Präsidenten des Landtages Steiermark

Korruption und Provision

Im Zuge der Privatisierungswelle der schwarz-blauen Regierung wurden auch tausende Wohnungen und Immobilien in besten Lage, die im Besitz der Republik waren verschertelt. Federführend dabei FPÖ Finanzminister Karl Heinz Grasser. Verkauft wurde schließlich an die Immofinanzgruppe – weit unter dem Wert.

Nun wurde bekannt, dass die früheren FPÖ-Politiker Walter Meischberger

und Peter Hohegger für den BUWOG-Verkauf von der Immofinanzgruppe ein Beratungs- und Lobbyhonorar von 9,7 Millionen Euro erhalten haben. Beide sind gute Freunde vom damaligen FPÖ-Finanzminister Grasser, Meischberger ist sogar sein Trauzeuge.

10 Tage dauerte die Beratertätigkeit. Wieviele Arbeitsleben muss ein Durchschnittsverdiener arbeiten, um 9,7 Millionen Euro zu verdienen?

Mit uns ...

- * gemeinsam für die Reichensteuer
- * gemeinsam gegen die Profitgier
- * gemeinsam gegen Hungerlöhne

Lebenslänglich in Österreich

Die Restschuldbefreiung bei Privatkonkursen ist in Österreich ein ungelöstes Problem. Während in Großbritannien eine Restschuldbefreiung schon nach einem Jahr und in Deutschland nach 6 Jahren – ohne Wenn und Aber

– möglich ist, gilt in Österreich „lebenslänglich“. Denn wenn in sieben Jahren die Quote von 10 Prozent nicht erbracht werden kann, leben alle Schulden von Neuem auf. Eine Gesetzeslücke, die dringend repariert gehört.

Eine wichtige Stimme im Landtag: Claudia Klimt-Weithaler

Mission soziale Gerechtigkeit

Seit vier Jahren die KPÖ im Landtag Steiermark unermüdlich für Umverteilung und mehr soziale Gerechtigkeit aktiv. Die KPÖ-Abgeordneten, unter ihnen die gebürtige Fohnsdorferin Claudia Klimt-Weithaler, haben insgesamt 279 Initiativen zur Verbesserung der sozialen Lage gesetzt.

„Einem Mann wurde geraten, er solle seine Mutter, eine krebserkrankte Mindestpensionistin, auf Unterhalt klagen“, erzählt Karin Gruber. Die Diplomsozialarbeiterin im KPÖ-Landtagsklub weiß, dass die Beratung in Sachen Sozialhilfe an manchen Bezirkshauptmannschaften (BHs) schlimme Blüten treibt. Solche „Empfehlungen“ und Missstände ließen die KPÖ aktiv werden, denn „auf vielen BHs werden die Menschen unwürdig behandelt“, so KPÖ-Mandatarin Claudia Klimt-Weithaler.

Ein Problem sei auch, dass das entsprechende Gesetz an den BHs unterschiedlich ausgelegt werde. In vielen Fällen konnte hier den Betroffenen mit einer



KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler mit ihren Töchtern. Sie engagiert sich im Landtag für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung.

Berufung zu ihrem Recht verholten werden.

Langes Warten

Einen weiteren Erfolg konnte die KPÖ-Landtagsabgeordnete verbuchen. Bisher durfte das Ausstellen eines Bescheids für die Sozialhilfe bis zu sechs Monate dauern. Sechs Monate, in denen die Antragstellenden keinen Cent bekamen. Diese Frist wurde auf drei Monate verkürzt. Das ist immer noch zu lange, aber trotzdem eine enorme Verbesserung.

Gehaltsverzicht

Direkte Hilfe für die Menschen wird aus den Einkommen der KPÖ-Abgeordneten, die ihr Einkommen freiwillig auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn beschränkt haben, finanziert. Über den KPÖ-Sozialfonds wurde mit hunderttausenden Euro Menschen in Not geholfen.

Reichensteuer

In Österreich gibt es viele extrem reiche Menschen,

die kaum Steuern zahlen. Claudia Klimt-Weithaler hat die Initiative zur Einführung einer Reichensteuer für Euro-Millionäre ergriffen, tausende Unterschriften wurden bereits dafür gesammelt. So kämen Milliarden herein, die zweckgebunden für Beschäftigungsprogramme, Existenzsicherung und Armutsbekämpfung verwendet werden sollen, erklärt die KPÖ-Landtagsabgeordnete.

Weitere Informationen auf der Website: www.kpoe-graz.at, unter Tel. 73 73 82 oder unter Tel. 877 5102.



26. Oktober: Neutralitätsfeiertag

Festveranstaltung der steirischen KPÖ

Festrede: KPÖ-Stadtrat Dr. Werner Murgg

**Frühschoppen, 26. 10. 2009 ab 11.00
in Leoben, Brauhaus-GÖSS**

mit **Kurt Palm**
und **OKEMAH**



IRISH STEIRISCH & AMERICAN MUSIC

Gesäusebahn eingestellt

Werden auch Busverbindungen bald ausgedünnt??

Die Einstellung des regionalen Personenverkehrs auf der Gesäusebahn ist eine Bestätigung dafür, dass in der Steiermark Belastungen für die Bevölkerung mit einer Ausdünnung des Verkehrsangebotes Hand in Hand gehen. Schließlich sind die ÖBB- und Verkehrsverbundtarife erst am 1. Juli um 5 % erhöht worden.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Künftig werden nur mehr an Wochenenden

Ausflügerzüge durch das Gesäuse fahren. Begründet wird das mit der geringen Frequenz der Bahnlinie. Vergessen wird aber Folgendes: Der Fahrgastrückgang ist auch die Folge der Einstellung des Personenverkehrs zuerst auf der Präbichlbahn und schließlich auf der Strecke Hieflau-Eisenerz.

Die versprochenen Busverbindungen werden im Laufe der Jahre ebenfalls ausgedünnt werden. Das

haben beispielsweise die Eisenerzer bei der Entwicklung des Busangebotes auf der Strecke Eisenerz Leoben gemerkt.“

Die steirische KPÖ weist auf das Zusammenspiel von SPÖ und ÖVP in dieser Sache hin. Mit voller Absicht soll das Aus für Bahnlinien politisch durchgesetzt werden. Jeder kleine Eisenbahner könnte das Unternehmen mit mehr Verantwortung führen als das derzeitige Management



Die ÖBB Manager, die hunderte Millionen Euro an der Börse verspielt haben, wollen 20 Millionen jährlich durch die Einstellung von Neben- und Regionalbahnen „einsparen“. Während zwischen Wien und Salzburg in hypermoderne „Railjets“ investiert wird, sollen im „Rest Österreichs“ auch die wenigen noch verbliebenen Nebenbahnen eingestellt werden. Höchste Zeit, dass dieses Management ausgewechselt wird!

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

... dass am Bergmannplatz beim Brunnen das „**Bergmänderl**“ abmontiert wurde. Es ist zu hoffen, dass der „Täter“ es wieder an seinem angestammten Platz aufmontiert!

★

... dass Eisenerz im Jahre 2008 27.456 Nächtigungen hatte und die kleine Gemeinde Vordernberg ohne großen Aufwand über 30.000 !

★

...dass es in Österreich immer weniger **Milchbauern** gibt. Schuld daran ist die EU. Hoffentlich erinnern sich viele Landwirte daran, dass die angebliche Bauernpartei ÖVP zu den wildesten EU-Einpeitschern gehört.

★

... dass in Eisenerz sehr **viele Veranstaltungen** gemacht werden, aber die Besucherzahlen sehr zu wünschen übrig lassen. Besser aus finanziellen Gründen weniger, dafür mehr Besucher!

★

... dass die **Aufbruch – Abbruch – Umbruchaktion** von den wirklichen Sorgen der Bevölkerung ablenkt. Man ist dafür gegen Proteste gegen die Schließung von Betrieben usw., weil sie nur dem Image der Stadt schaden und auch die letzten Investoren vertreiben würden!

★

...dass die SPÖ ein paar **Gesichter in der Landesregierung** ausgetauscht hat. Notwendig wäre aber ein Politikwechsel, damit die Anliegen der Leute endlich zur Geltung kommen.

★

... dass es für die Abbruchhäuser an die Wohnbaugesellschaften **Subventionen** gibt, aber die Friedhofsmauer entlang der Bundesstraße bis heute keiner Sanierung zugeführt wird, da die finanziellen Mitteln fehlen!

★

..dass die KPÖ die Kosten die Wahlwerbung gesetzlich beschränken möchte. **Klubobmann Kaltenecker:**

„Die Bevölkerung hat diese Materialschlachten schon längst satt“.

★

... dass sich viele Teilstücke der **Gemeindestraßen** in einem sehr schlechten Zustand befinden.

★

...dass an den Grenzen **keine rot-weiß-roten Fahnen** mehr hängen dürfen. Mit diesem Erlass will das Innenministerium besonders EU-freundlich sein. Die Bevölkerung ist aber dagegen, und jetzt will keiner zuständig gewesen sein.

★

... dass es eine Änderung des Flächenwidmungsplanes für die **Deponieerweiterung Paulisturz** gibt. Die Teilflächen im Flächenausmaß von ca. 10,3 ha, werden von bisher Freiland- Bergbaugesbiet in subsidiärer Nutzung für Industrie und Gewerbe (Abfallwirtschaft) künftig als Sondernutzungs- Deponiefläche innerhalb des Bergbaugesbietes ausgewiesen.